

## Antrag

### der Fraktion der CDU/CSU

## Endometriose – Endlich verstehen, behandeln, erforschen, begleiten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Endometriose ist eine der häufigsten Unterleibserkrankungen von Frauen und betrifft nach neuesten Schätzungen je nach Lebensalter bis zu 15 % der weiblichen Bevölkerung in Deutschland (<https://www.frauenaerzte-im-netz.de/erkrankungen/endometriose/>).

Charakteristisch für die Krankheit ist die Abwanderung und Ansiedlung von Gewebe der Gebärmutter Schleimhaut außerhalb der Gebärmutter. Diese Schleimhautzellen können zyklisch bluten und in vielen Fällen auch azyklische bis hin zu chronischen Schmerzen herbeiführen (<https://www.endometriose-vereinigung.de/was-ist-endometriose.html>).

Endometriose ist aufgrund der dadurch hervorgerufenen Entzündungsreaktionen im Körper aber nicht nur schmerzhaft, sie kann auch zu Fruchtbarkeitsstörungen, Blasenproblemen oder sogar zu Darmverschlüssen führen. Diese Symptome beeinträchtigen Frauen ganz erheblich in ihrem Alltag und ihrer Lebensplanung. Mit ihrer Vielschichtigkeit und unterschiedlich starken Ausprägung braucht es bis zur Diagnose auch heute noch viele Jahre (<https://www.gesundheitsinformation.de/endometriose.html>).

Neben der individuellen Leidenszeit können die Folgen von Endometriose auch zu einem erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden führen. Aktuelle Studien gehen davon aus, dass sich die Kosten von Endometriose im Schnitt auf 9579 Euro pro Jahr und Frau belaufen, wobei sich der Großteil aus krankheitsbedingten Arbeitsausfällen ergibt (Armour et al, PLoS One 2019; 14(10): e0223316.).

Viele Aspekte der Endometriose sind auch im Jahr 2022 noch unbekannt. Es fehlt an geeigneter Forschung und dadurch bedingt an geeigneter Sensibilisierung, Prävention und Versorgung. Es wird ausdrücklich begrüßt, dass die Koalitionsfraktionen sich nun entgegen der anderslautenden Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion aus dem September dieses Jahres (BT-Drs. 20/3338) entschieden haben, im Einzelplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ab dem kommenden Jahr 5 Mio. Euro jährlich für die gezielte Erforschung von Endometriose bereitzustellen (Ausschuss-Drs. 2349 und 2350).

Im Gegensatz zu anderen westlichen Ländern verfügt Deutschland aber weiterhin über keine nationale Strategie gegen Endometriose. Neben der wichtigen Forschung müssen auch die bereits bestehenden Strukturen genutzt und unterstützt werden, darunter

fallen beispielsweise die Endometriosezentren. Auch die Möglichkeiten, entsprechende Endometriose-Behandlungen angemessen abrechnen zu können, fehlen bislang.

Klar ist, dass Endometriose alle Aspekte des täglichen Lebens betrifft und nicht allein vor dem Hintergrund ungewollter Kinderlosigkeit begriffen werden darf. Prävention und Aufklärung müssen viel früher beginnen. Dazu müssen auch die Schulen als Orte der Sensibilisierung und Wissensvermittlung über diese Krankheit begriffen werden und auch im Sinne des Koalitionsvertrages die medizinische Ausbildung an diesen geschlechtsspezifischen Aspekt hin geprüft und angepasst werden.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
  1. nach dem Vorbild Frankreichs schnellstmöglich eine nationale Strategie gegen Endometriose mit konkreten Handlungsfeldern und Projekten zu erarbeiten und zu deren Umsetzung ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen;
  2. geeignete Forschungs- und Behandlungsstrukturen, Kompetenznetze oder -zentren, Cluster bzw. als Teil eines Deutschen Zentrums für Gesundheitsforschung (DZG) aufzubauen, zu etablieren und zu stärken, um exzellente Forschung, Diagnose, Versorgung und eine schnelle Translation aus der Forschung zu den Patientinnen zu ermöglichen;
  3. ausreichende Mittel für den Aufbau und Ausbau von frühzeitigen Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen, beispielsweise durch die Ärztliche Gesellschaft zur Gesundheitsförderung e. V., zur Verfügung zu stellen;
  4. sich für den Ausbau und die Stärkung von Endometriose-Zentren in ganz Deutschland einzusetzen;
  5. unverzüglich dafür zu sorgen, dass Beratungsleistungen in den Endometriose-Fachberatungen an Kliniken, bei Gynäkologen oder Allgemeinmedizinerinnen auskömmlich vergütet werden und entsprechend abgerechnet werden können;
  6. sich schnellstmöglich mit den Bundesländern ins Benehmen zu setzen und zu evaluieren, wie diese ihren Teil zur Aufklärung – beispielsweise in Schulen – Prävention und Forschung beitragen können;
  7. die medizinische Ausbildung vor dem Hintergrund geschlechtsspezifischer Unterschiede zu evaluieren und, wo nötig, schnellstmöglich anzupassen.

Berlin, den 8. November 2022

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**